Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 60 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 227. **Donnerstag** den 14. August 1884. **78. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 17. April cr. bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß behufs Reinigung des Flußbettes der **Pleißenmühlgraben** vom **16. August bis 13. September cr. abgeschlagen wird.**

Die Abjacenten werden zugleich aufgefordert, innerhalb dieser Zeit etwa sich nöthig erweisende Reparaturen, sowie Uferbauten, zu deren Herstellung sie verpflichtet sind, ausführen zu lassen.

Leipzig, am 29. Juli 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Gewölbe-Vermiethung.

Das an den in Concurs verfallenen Herrn Kaufmann Otto Künzel vermiethet gewesene sogen. **Bühnengewölbe Nr. 4 unter dem Rathhause am Markte** soll **sofort** oder **später** anderweit **vermiethet** werden.

Näheres Rathhaus I. Etage, Zimmer Nr. 17, woselbst auch die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium des Gewölbes eingesehen werden können.

Leipzig, den 6. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendlin. Cerutti.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Schleußen III. Classe in den Straßen auf der östlichen und nördlichen Seite des Platzes E des nördlichen Bebauungsplanes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Schleußen auf Platz E"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **27. laufenden Monats Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 11. August 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Submission.

Die zum Bau eines neuen Schulgebäudes allhier benöthigten **Steinmetzarbeiten** sollen im Submissionswege vergeben werden.

Kostenanschläge, zu denen Blanquets gegen Erstattung der Copialien auf hiesiger Rathsexpedition entnommen werden können, sind längstens

bis 21. dss. Mts.

verschlossen und mit der Aufschrift: „Schulbau betr." versehen, anher einzureichen.

Zwenkau, den 13. August 1884. **Der Schulvorstand.**
Ahnert, Bürgermeister.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Donnerstag, den 14. August Abends 6 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Die den diesjährigen Aerztetag beschäftigenden Gegenstände (Säuglings-Ernährung, Krankencassen, Aerzteordnung; vgl. Aerztl. Vereinsblatt Nr. 147, Juli). Ref. der Unterzeichnete. — 2) Delegirten-Wahl zum Aerztetag. — 3) Bericht des Standesausschusses über einen von Apothekern gestellten Antrag, Recept-Formulare betr. (Referent Dr. E. A. Meissner.)

Dr. Ploss.

Nichtamtlicher Theil.

Das czechisch-magyarische Bündniß.

* Das geflügelte Wort „Oesterreich ist das Land der Unwahrscheinlichkeiten" hat neuerdings Bestätigung gefunden, nur muß es jetzt nicht mehr Oesterreich, sondern nach officieller Lesart „Oesterreich-Ungarn" heißen. Im Laufe der jüngsten Tage hat sich das Unglaubliche vollzogen: ein Bündniß zwischen Slawen und Magyaren, dessen Spitze selbstverständlich gegen das Deutschthum gerichtet ist. Das schien bisher aus leicht begreiflichen, in die Augen springenden historisch-politischen Gründen eine Unmöglichkeit, aber dennoch hat die czechische Politik, der es stets in erster Linie um die Schwächung, ja Ausrottung des Deutschthums in Oesterreich zu thun ist, jene Verbrüderung zu Stande gebracht. Diese wird freilich seitens der russischen Panslawisten und Südslawen wenig Anklang finden, aber seit die Czechen in Oesterreich thatsächlich zu Einfluß und Macht gelangt, sprechen sie nur noch wenig von der großen slawischen Frage, mit der sie seiner Zeit gegen die Deutschen so viel demonstrirt haben und die sie bekanntlich auch nach Moskau geführt hat.

Das politische Streben der Czechen ist vielmehr gegenwärtig auf die nationale Eroberung Cisleithaniens gerichtet, die auch, Dank der entgegenkommenden Politik des Grafen Taaffe, schon große Fortschritte gemacht hat, Fortschritte, die noch keineswegs abgeschlossen sein dürften. Dieser Umschwung in der politischen Agitation der Czechen hat sie auch dem Magyarismus nahe gebracht, von dem sonst kein anderer Slawe etwas wissen will. Bezeichnend ist, daß diese antislawische Schwenkung der Czechen schon seit längerer Zeit im Lager der eigentlichen Großslawen geahnt wurde und dort gegen die nationalen Prager Politiker sehr verstimmend gewirkt hat. So sehr auch Rieger und die übrigen Czechenführer seiner Zeit in Moskau gelegentlich der ethnographischen Ausstellung als „slawische Brüder" begrüßt und gefeiert worden, so hat diese czechenfreundliche Stimmung im Kreise der russischen Panslawisten doch schon längst einer wesentlich anderen Anschauung Platz gemacht.

Zumal ist es das Organ Katkow's, die „Moskowskija Wjedomosti", welches schon längere Zeit mit den Czechen auf sehr gespanntem Fuße steht. Erst unlängst hat das genannte Moskauer Blatt einen längeren Artikel gebracht, der geradezu in dem Hinweise gipfelte, daß das Slawenthum von der nur „im kleinen Kreise sich drehenden, egoistischen czechischen Bewegung" nichts zu erwarten habe. „Die Lösung der großen slawischen Frage", hieß es weiter, „könne sich unmöglich mit dem untergeordneten Localpatriotismus der Czechen beschäftigen, welche durch ihre Vermischung mit den Deutschen das eigentlich slawische Gepräge eingebüßt haben, was sie noch unschwer auf allerlei Abwege führen kann, welche die übrigen Slawen nie und nimmermehr einschlagen dürfen." — Diese Worte scheinen geradezu ein Hinweis, daß die Czechen vielleicht gar noch im Stande seien, für ihre „localpatriotischen" Zwecke ein Bündniß mit den Magyaren, den Erzfeinden des übrigen Slawenthums, einzugehen. Nachdem sich nun dieses wirklich vollzogen hat, so kann man jedenfalls erwarten, daß es mit der obnedies schon wankend gewesenen Czechenfreundlichkeit im panslawistischen Lager nun gänzlich vorüber sein wird. Dieser Umschwung wird natürlich nicht verfehlen in den leitenden Kreisen der inneren österreichischen Politik große Befriedigung zu erwecken, deren Neigung für die Slawen zumal die Absicht verfolgt, diese durch die weitgehendsten Zugeständnisse den Wirkungen der russisch-panslawistischen Propaganda zu entziehen.

Aus den Aeußerungen der ungarischen Presse geht aber auch bereits hervor, daß das neueste czechisch-magyarische Bündniß vor Allem gegen eine etwaige Wiederkehr des deutschen Einflusses in Oesterreich und Ungarn gerichtet sein müsse. „Dieser Einfluß", ruft „Bels Naplo" aus, „darf unter keinerlei Form jemals wiederkehren, weshalb die Ungarn ohne Bedenken den Czechen die Hände reichen können, weil auch diese zu den erklärtesten Gegnern des unfruchtbaren deutschen Absolutismus zählen, welcher durch die blutigsten Gewaltthaten die freiheitliche Entwickelung Ungarns und Böhmens verhindern wollte." — Andere ungarische Blätter behaupten wieder, es gebe gar keine deutschliberale Partei in Oesterreich, sondern nur deutsche Absolutisten, welche mit den abscheulichen Systemen Metternich's und Bach's regieren wollen. Die Deutschen seien überhaupt vom Hause aus ein Volk, welches niemals den Werth der politischen Freiheit begriffen und für diese in der Weltgeschichte nicht das Geringste geleistet habe; die ganze Geschichte der Deutschen triefe nur von dem Blute fremder Völker, die sie unterjocht haben oder unterjochen wollten.

Das nun mit den Czechen geschlossene Bündniß giebt jetzt der ungarischen Presse auch Veranlassung, den „uralten Freiheitsbestrebungen" und der „ruhmvollen Geschichte" des czechischen Volkes Weihrauch zu streuen; zu diesem Zwecke wird sogar auf die Reformation zurückgegriffen. So belehrt „Egyetértés" seine Leser, daß der erste religiöse Reformator, der sich gegen die Anfeindungen des Papstthums gewendet habe, nicht Luther, sondern Huß, ein Czeche, gewesen sei, den aber die „deutschen Pfaffen" verbrannt haben. Luther sei nur von der weltbewegenden Idee des czechisch-religiösen Vorkämpfers Huß inspirirt worden, und nun komme sich das protestantische Deutschland in seiner religiösen Freiheit, die gar nicht deutschen, sondern czechischen Ursprunges sei. — In dieser Weise geht es in den ungarischen Blättern noch lange fort, deren Auslassungen natürlich mit großem Behagen von der halboffiziösen Prager „Politik", dem „Pokrok" und den übrigen czechischen Organen wiedergegeben werden. Mit welchem Interesse man gegenwärtig in Prag die magyarischen Preßstimmen verfolgt, geht schon aus dem Umstande hervor, daß, wie man uns von dort schreibt, in den Redactionen der „Politik" und des „Pokrok" je ein neuer, der magyarischen Sprache kundiger Redacteur angestellt worden ist, welcher nur die Uebersetzungen aus den Pester Blättern zu besorgen hat.

Die deutschen Kreise Oesterreichs dürfen natürlich nicht verfehlen, zu diesem czechisch-magyarischen Bündnisse Stellung zu nehmen, welches als eine abermalige Bedrohung des ohnehin schon bedenklich erschütterten Deutschthums in dem alten Kaiserstaate aufzufassen ist.

Leipzig, 14. August 1884.

* Die Angabe des päpstlichen „Osservatore Romano", daß der interimistische Geschäftsträger Preußens bei der Curie den Bericht des „Hamburger Correspondenten" über eine Unterredung mit Herrn v. Schlözer für „völlig unrichtig" erklärt habe, genügt der „Kreuzzeitung", um die ganze, ihr höchst unbequeme Angelegenheit als beseitigt zu betrachten. Der Versuch, die Authenticität jenes Berichts aufrecht zu erhalten, sei mißglückt, erklärt das conservative Blatt, welches offenbar sehr leicht zu befriedigen ist. Das Dementi des „Osservatore" läßt indessen immer noch Zweifeln Raum, ob es sich nur auf die Form der berichteten Unterredung oder auf deren Inhalt bezieht, bezw. inwieweit dieser Inhalt incorrect wiedergegeben ist. Diese Zweifel werden durchaus bestärkt durch das beredte Schweigen, in welches sich die Regierungsorgane trotz aller entschiedenen Aufforderungen der conservativen und klerikalen Presse, den Bericht des Hamburger Blattes zu dementiren, bis zu dieser Stunde hüllen. Wer sich einigermaßen auf die politische Wetterkunde versteht, der wird auch in dem neuerlichen Tone der officiösen und der klerikalen Presse die Anzeichen einer vorhandenen oder sich entwickelnden Spannung nicht verkennen. Unseres Erachtens wäre es voreilig, lediglich aus der Notiz des päpstlichen Blattes bestimmte Schlüsse auf die Lage der kirchenpolitischen Verhandlungen zwischen Berlin und Rom herzuleiten.

* Wir haben schon öfter Gelegenheit gehabt, das „Neue A-B-C-Buch für freisinnige Wähler" und die als Anhang zu demselben erschienene Darstellung der „Reichstagssession 1884" zu erwähnen. Diese autoritativen Agitationsschriften der deutschfreisinnigen Partei sind eine fast unerschöpfliche Fundgrube für Denjenigen, der sich über die Methode belehren will, Thatsachen unter eine einseitige und entstellende Beleuchtung zu setzen und sie für das Partei-Interesse verwerthbar zu machen. Wir möchten nicht unterlassen, auch auf die dieser Schriften durchaus würdige und sinnreiche Art und Weise aufmerksam zu machen, in welcher die deutschfreisinnige Partei sie verbreitet. Im Richter'schen „Reichsfreund" finden wir regelmäßig folgende Anzeige: „Leichter Verdienst! Zwei Mark sind leicht zu verdienen. Man sammelt und zwar besonders bei den Lesern des Reichsfreundes Bestellungen auf die soeben für die Reichstagswahlen erschienene Broschüre: „Die Reichstagssession 1884" und läßt sich für das Exemplar den Einzelpreis von einer Mark bezahlen. Sobald man je fünf Bestellungen erhalten hat, sendet man brieflich unter Beifügung von drei Mark in Briefmarken eine Bestellung auf diese fünf Exemplare u. s. w. — — — Der Briefschreiber händigt alsdann die fünf Exemplare an die Besteller aus und hat von den erhaltenen fünf Mark zwei Mark brutto oder nach Abzug des Briefporto's und Bestellgeldes für das Bücherpacket netto 1 Mark 85 Pf. verdient. — Fünf Mark sind in derselben Weise ebenso leicht zu verdienen, wenn es gelingt, fünf Bestellungen auf das Neue A.-B.-C.-Buch einschließlich der neuen beigebefteten Broschüre zu erhalten u. s. w." Wir hoffen uns den Dank der deutschfreisinnigen Partei zu verdienen, wenn wir weiteren Kreisen die Mittheilung zugänglich machen, daß durch die Unterstützung ihrer politischen Interessen zwei, bezw. fünf Mark leicht zu verdienen sind.

* Die „Kölnische Zeitung" lenkt nun selbst in Bezug auf die von ihre empfohlene Wahlpolitik ein, indem sie „ihre Anschauung über den bevorstehenden Wahlkampf noch einmal ganz kurz zusammenfaßt". Der in Rede stehende Artikel des rheinischen nationalliberalen Blattes lautet, wie folgt:

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir an dieser Stelle zu den bevorstehenden Wahlen zwei Artikel, die seitdem in der Presse Gegenstand vieler Erörterungen geworden sind. Von mehreren Seiten ist unserem damals entwickelten Programme der Vorwurf der Unbestimmtheit gemacht worden, eben weil wir eine Mittelstellung einnehmen. Ueber die oft sehr widersprechenden Ausführungen der einzelnen Blätter in eine regelrechte Polemik einzutreten, ist uns unmöglich, da wir zur Besprechung aller mehrere Bände schreiben müßten; wir glauben aber, daß wir die im Einzelnen gewünschten Aufgaben damit am besten beantworten, wenn wir unsere Anschauung über den bevorstehenden Wahlkampf noch einmal in ganz kurzen Zügen zusammenfassen.

Die nationalliberale Partei ist eine Mittelpartei, die stets unter voller Betonung des nationalen Momentes sich auf die gemäßigten Strömungen im Volke stützen muß, wenn anders sie eine Mittelpartei bleiben will. Wenn sie daher aus nationalen Gründen Polen, Welfen, Protestler und Socialdemokraten auf das Entschiedenste bekämpft und auch das Centrum aus jeder Möglichkeit eines Zusammengehens bei den Wahlen ausschließt, weil diese Partei keine politische, sondern — noch dazu vom Ausland abhängige — religiöse ist —, so muß sie andererseits als Mittelpartei sich gleichmäßig gegen alle extremen Richtungen wenden, mögen diese nun nach rechts oder nach links gehen. Nach diesen Gesichtspuncten ergiebt sich mit großer Einfachheit das anzuwendende Wahlprogramm: neben den Nationalliberalen besteht nur noch eine Mittelpartei, die Freiconservativen, mit denen wir in allen für uns berechenbaren Fällen eine Verständigung oder ein Wahlabkommen abgeschlossen haben. Mit den Freiconservativen zusammen erlangen wir die dritte Grundlage, auf der eine, aber richtiger gesagt, zwei große Mittelparteien aufgebaut werden können.

Es bleibt nunmehr blos noch übrig, unsere Stellung zu den Parteien zu betrachten, die nach rechts und links die Flügel des Reichstages bilden: die Deutschconservativen und die Freisinnigen. Wir verhehlen uns nicht, daß hier große Schwierigkeiten vorhanden sind, und daß hier ein auf alle Fälle passendes, imperatives Programm nicht aufzustellen ist, wohl aber allgemeine Gesichtspuncte, die wohl für die meisten Einzelfälle zutreffend sein werden. Früher standen wir bekanntlich zu den Linksliberalen in weit näheren und freundschaftlicheren Beziehungen, als zu den Deutschconservativen; leidlich ist, nicht bei uns, wohl aber bei den Linksliberalen eine tiefgreifende Aenderung vorgegangen. Früher waren sie eine Schwesterpartei der National-Liberalen, jetzt haben sie als Partei durch ihren Uebergang zum Fortschritt das Tafeltuch zwischen ihnen und uns zerschnitten. Ihre Haltung in verschiedenen der wichtigsten Fragen, Heeresgesetzgebung, socialpolitische Aufgaben, Colonialangelegenheiten haben die entstandene Kluft vergrößert. So sind wir denn allerdings auf den Standpunct angelangt, daß wir jetzt den Deutschconservativen immerhin mit verhältnißmäßig größerer Sympathie entgegenkommen als früher. Die „Kreuzzeitung" möge sich darüber nicht entrüsten; denn wir betrachten, um ganz offen zu sein, die Deutschconservativen ebenso als ein Uebel wie die Freisinnigen; fragt sich nur, welches von beiden das kleinere ist.

Hier kommen wir nun auf den Punct, der zu den meisten Angriffen gegen uns Anlaß gegeben hat. Die Deutschconservativen sagen: „Wenn Ihr mit uns gehen wollt, müßt Ihr grundsätzlich und ausnahmslos die Freisinnigen bekämpfen", und die Freisinnigen kehren diesen Satz um. Beiden Forderungen können und wollen wir uns nicht unterwerfen. Durch die gegebenen Verhältnisse ist es bedingt, daß uns meist in den Wahlen die Freisinnigen entgegenstehen werden, abgesehen von den Fällen, wo das Centrum in Frage kommt. Mit oder ohne Hilfe von rechts werden wir versuchen, die Sitze zurückzuerobern, die uns durch Freisinnige eskamotirt sind, welche auf nationalliberalen Namen gewählt worden. Wo wir den Freisinnigen also allein oder in erster Linie entgegenstehen, ist unsere Stellung eine entschieden gegnerische; wir wissen, daß auch die Freisinnigen uns gegenüber nicht anders handeln werden, und verlangen es auch nicht besser. Stehen aber Freisinnige und Conservative gegen einander, so werden wir zu untersuchen haben, welcher von den beiden Candidaten dem Mittelpuncte, als den wir die National-Liberalen betrachten, zunächst steht. Gehört der „Freisinnige" zu den gemäßigteren Mitgliedern seiner Partei, während der Deutschconservative als entschiedener Reactionär bekannt ist, so werden wir nicht daran denken können, dem letzteren Candidaten zum Siege zu verhelfen, von dem wir in fast allen und den wichtigsten Fragen nur Ablehnung zu gewärtigen haben. Steht dagegen einem gemäßigten Conservativen ein Vertreter des äußersten linken Flügels vom weitesten Fortschritt gegenüber, so werden wir uns für den ersteren entscheiden. Die theoretische Möglichkeit, daß ein Freisinniger und ein Conservativer zur Wahl stehen, welche beide mathematisch genau das gleiche Entfernungsverhältniß zum Mittelpuncte haben, brauchen wir wohl nicht zu berücksichtigen. Wenn zwei anscheinend gleich große Solidaten in die Front zu stellen waren, hat man noch immer einen Unterschied aufgefunden, um die richtige Einreihung durchzuführen.

Wir müssen hier auf unserem Standpuncte beharren, daß in allen solchen Fragen von Fall zu Fall nach den Persönlichkeiten zu entscheiden sein wird. Im Allgemeinen ist es dringend wünschenswerth, daß im ersten Wahlgange, wenn irgend möglich, in allen Wahlkreisen ein nationalliberaler Candidat aufgestellt werde, wo es den örtlichen Verhältnissen entspricht unter Heranziehung und Betheiligung der Freiconservativen, abgesehen natürlich von den Wahlkreisen, wo die Bewerbung nur zwischen Nationalliberalen und Freiconservativen stattfindet. Für die voraussichtlich in großer Zahl nöthig werdenden Stichwahlen werden ebenfalls die oben kurz gezeichneten Parteibezeichnungen maßgebend sein müssen.

Wir fassen zum Schluß unsere Stellung kurz in folgender Weise zusammen: 1) unbedingte Gegnerschaft gegen Polen, Welfen, Protestler, Socialdemokraten, Centrum; 2) unbedingtes Zusammengehen mit den Freiconservativen gegen alle andern Parteien, soweit es sich nicht um einen möglichst zu vermeidenden Kampf zwischen diesen und Nationalliberalen handelt; 3) bei Wahlkampf zwischen Deutschconservativen und Freisinnigen Prüfung der genauern politischen Stellung der einzelnen Candidaten.

* Das Organ der hannoverschen Nationalliberalen, die „Nationalliberalen Blätter" sehen in den Aeußerungen der „Kölnischen Zeitung" in ihren früheren Artikeln zu den Wahlen nur eine allgemeine Directive, die nicht immer für die Wirklichkeit des Einzelfalles passe. „In der Provinz Hannover scheint die Neigung wesentlich vorzuherrschen, daß neben den Welfen die deutschfreisinnigen Usurpatoren am schärfsten zu bekämpfen sind, wenigstens in den ersten Wahlgängen. Der radicale Liberalismus erscheint ebenso gefährlich wie der reactionaire Conservatismus, ja in den Augen Vieler noch gefährlicher als dieser."

* In Ausführung des mehrerwähnten kaiserlichen Erlasses in Bezug auf diejenigen Theilnehmer an dem Kriege von 1870/71, welche in Folge erlittener innerer Dienstbeschädigung invalide geworden, wegen Ablauf der gesetzlichen Präclusivfrist aber zur Geltendmachung von Versorgungsansprüchen nicht berechtigt sind, erläßt der commandirende General des 3. Armeecorps, von Pape, folgende Bekanntmachung:

In Folge vorstehenden Allerhöchsten Erlasses findet in diesem Jahre für den Bezirk des Reserve-Landwehr-Regiments (Berlin) Nr. 35 durch das Landwehr-Bezirks-Commando zu Berlin eine außerterminliche Superrevision täglich von 9—12 Uhr Vormittags im Bureau Kaiser Franz-Grenadier-Platz Nr. 12, Zimmer Nr. 11, statt. Theilnehmer an dem Feldzuge 1870/71, welche glauben: 1) durch eine im Feldzuge 1870/71 erlittene Krankheit ihre Erwerbsfähigkeit eingebüßt zu haben, resp. in derselben beschränkt zu sein, 2) den Nachweis beibringen zu können, daß das vorhandene Leiden im ursächlichen Zusammenhang mit der im Feldzuge 1870/71 erlittenen Dienstbeschädigung sich befindet, haben ihre Gesuche um Unterstützung ausschließlich bei dem oben bezeichneten Landwehr-Bezirks-Commando bezw. dem Bezirksfeldwebel ihres Aufenthaltsortes sobald als thunlich unter Einsendung oder Vorzeigung ihrer Militairpapiere schriftlich oder mündlich anzubringen. Derartige Gesuche können aber nur in dem Falle Gegenstand näherer Prüfung werden, und event. Berücksichtigung finden, wenn die Bittsteller einen vorwurfsfreien Lebenswandel nachzuweisen vermögen und der Unterstützung wirklich bedürftig sind. Vom nächsten Jahre ab findet diese Art von Prüfungen gleichzeitig mit dem Ober-Ersatz-Geschäft statt. Der commandirende General des 3. Armeecorps. gez. v. Pape.

* Die „Kieler Zeitung", das hervorragendste Blatt Schleswig-Holsteins, feierte am 11. d. die Großjährigkeits-Erklärung des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein in folgender Weise:

„Dieser Tag wird in weiten Kreisen Schleswig-Holsteins warme Theilnahme finden. Wenn auch seit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs auf nationaler und verfassungsmäßiger Grundlage die Zeiten vorüber sind, in welchen die Hoffnung auf nationale Wiedergeburt und staatliche Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins an die Erbrechte des angestammten Herzogs geknüpft worden, so sind damit nicht die Sympathien für die heimische Fürstenfamilie erloschen. Eine der schwersten Opfer in der nationalen Erhebung Schleswig-Holsteins von 1848 war dasjenige des Fürstenhauses infolge Einziehung seiner reichen, schönen Besitzungen in Mitten des Landes und die daran geknüpfte Verbannung, die durch eine demnächst Rückkehr in die Heimath noch nicht gelöst worden ist. Es wird das von den Schleswig-Holsteinern nicht vergessen werden, und noch weniger Dank, was sie dem Fürstenhause für die Erhaltung deutschen Wesens und deutscher Reichsangehörigkeit verdanken durch seine unbeugsame Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte Schleswig-Holsteins gegen dänische Vergewaltigung und internationale Abmachungen. Namentlich an dem heutigen Ehrentage des jungen Fürstensohnes werden die Schleswig-Holsteiner sich dessen dankbar erinnern. Dies geschieht mit unverbrüchlicher Treue gegen Kaiser und Reich und die verfassungsmäßigen Zustände, an denen wir festhalten, und mit dem Wunsche, daß es dem jungen Herzoge gefallen möge, demnächst in die alte Heimath zurückzukehren, unter uns zu wohnen und mit dem Vorzug seiner fürstlichen Stellung und einflußreicher Beziehungen in erster Reihe für die wohlthätige Wohlfahrt und das dauernde Glück Schleswig-Holsteins mitzuwirken."

* Die Redaction der „Politischen Wochenschrift" versendet ein aus Gera, den 10. August, datirtes „Extrablatt", in welchem sie bezüglich der auf Briefzeugnisse gestützten, gegen den Reichstagsabgeordneten Rickert gerichteten Angriffe erklärt:

„In Sachen Rickert besteht jetzt leider kein Zweifel mehr, daß die von uns für absolut zuverlässig gehaltene Person, die uns die unter dem Titel „Das entlarvte Chamäleon" veröffentlichten Briefzeugnisse zugesandt hat, unser Vertrauen in einer ganz unqualificirbaren Weise getäuscht hat."

Hieran knüpft die Redaction der „Politischen Wochenschrift" eine längere Auseinandersetzung, die einerseits auf eine Entschuldigung ihrer selbst, andererseits auf den Versuch hinausläuft, die „psychologische Echtheit" jener Briefzeugnisse wahrscheinlich zu machen.

* Unter dem 9. d. Mts. bringt die „Danziger Zeitung" weiter die Mittheilung: „Da sich herausgestellt hat, daß die in letzter Zeit hier auf privatem Wege verbreitete „Politische Wochenschrift" (Herausgeber Hugo Rüdiger in Gera) die Fortsetzung eines verbotenen socialdemokratischen Blattes ist, so ist die Polizeibehörde gegen dasselbe, sowie gegen dessen Verbreiter eingeschritten und hat die Beschlagnahme des Blattes auf Grund des Socialistengesetzes verfügt."

* * *

* Der vielbesprochene Erlaß des Kaisers von Oesterreich, nach welchem die Statuten der drei älteren Ritterorden des Kaiserstaates derart abgeändert werden, daß mit der Verleihung eine Standeserhöhung nicht mehr verbunden ist, erregt unausgesetzt die „betheiligten Gemüther". Von den verschiedensten Seiten gelangen Anfragen an die Blätter, welche Hofrechte den künftigen Ordensrittern verbleiben, nachdem das Recht auf Standeserhöhung ihnen entzogen worden ist. Die Ordensstatuten präcisiren diese Rechte, die der Allem in dem Tragen der Orden-Decoration, eines eigenen Ordenskleides und in den Gnadenbezeigungen seitens des Kaisers bestehen. Dann führen die Statuten noch folgende Rechte an, und zwar für den Stephan-Orden: „Damit aber der Orden nicht allein mit den nöthigen Vorzügen versehen, sondern auch sämmtliche Ritter unsere besondere Zuneigung desto vollkommener erfahren mögen, so bewilligen wir allergnädigst, daß dieselben, im Falle sie bei uns Audienz suchen, solche, ohne sich bei dem Oberstkämmerer anmelden zu dürfen, und zwar, wenn wir in der Burg sind, im Retirozimmer, in Schönbrunn aber in dem Spiegelzimmer zu erhalten die Gnade genießen sollen. Den Klein-Creuzen soll es bei Ordensfesten und da sie bei unserer Ankunft und Abreise zum Handkuß zugelassen werden, in die geheime Raths-Stube, wohin den Groß-Creuzen und Commandeuren je und allezeit zu kommen erlaubt ist, der freie Eintritt gestattet werden. Ueberdies gestatten wir den Klein-Creuzen zu mehrerer Bestätigung unserer für dieselben hegenden Gnade, nicht nur bei Hoffesten und Ordinari Appartements, sondern auch bei den Spiel- und kleinen Appartements zu erscheinen. Ferner gestatten wir, daß, wenn in unserem als Großmeister Namen Defrete an die Groß-Creuze erfolgen, sie darin zu desto mehrer Bezeigung unsere Gnade mit der Benennung „unsere Contuis" (cognati nostri) benannt werden sollen. An dem Ordensfeste werden die Groß-Creuze mit uns zur Tafel zu sitzen die Gnade genießen, die Commen-